

# Leitfaden: Haftungs- und Informationsschreiben an Kommunalpolitiker

Schritt-für-Schritt-Anleitung für Bürgerinitiativen im Netzwerk von Terra Integra

Dieses Dokument zeigt Ihnen, wie Sie Bürgermeister und Gemeinderäte nachweislich über die Risiken von Windkraftprojekten informieren, ihnen die Angst vor Investoren nehmen und gleichzeitig als Initiative rechtlich absolut unangreifbar bleiben.

## Teil 1: Das rechtliche Fundament – Euer Schutzschild & Motivator

Kommunalpolitiker zögern oft, sich kritisch zu äußern oder gegen Windkraftprojekte zu stimmen, weil Großinvestoren häufig mit massiven Schadensersatzklagen drohen. Ihr Schreiben nimmt den Räten diese Angst und zeigt gleichzeitig die echte Verantwortung auf – **völlig legal und rechtssicher**:

- **Der Motivator (Keine Angst vor Investoren):** Der Bundesgerichtshof (BGH, Urteil vom 21.10.2021, Az. III ZR 166/20) hat unmissverständlich entschieden: Wenn ein Gemeinderat das gemeindliche Einvernehmen zu einem Windpark verweigert, haftet die Gemeinde **nicht** auf Schadensersatz gegenüber dem Investor (selbst wenn die Versagung rechtlich fehlerhaft gewesen sein sollte). Das freie Mandat ist geschützt. Die Räte können und dürfen also ohne Angst im Sinne der Bürger abstimmen!
- **Der juristische Hebel (Die Pflichten der Räte):** Mit dem Schreiben weisen Sie die Politiker lediglich auf ihre gesetzliche Pflicht zur Schadensabwendung hin. Bürgermeister und Gemeinderäte haften im Innenverhältnis (Regress) nur dann persönlich, wenn sie **vorsätzlich oder grob fahrlässig** absehbare Vermögensschäden von der eigenen Gemeinde nicht abwenden (z. B. ungedeckte Rückbaukosten im Gemeindewald oder nachweisbare Gefahren für die Trinkwasserversorgung).
- **Rechtsschutz gegen Nötigungsvorwürfe:** Das Aufzeigen der aktuellen Rechtslage und das Stellen von sachlichen Fragen zur kommunalen Daseinsvorsorge ist ein **ur-demokratisches Recht**. Solange Sie sachlich bleiben und keine illegalen Konsequenzen androhen, ist der Vorwurf einer Nötigung (gemäß § 240 StGB) rechtlich vollkommen ausgeschlossen. Sie agieren hier nicht als Angreifer, sondern als Informant, der Schaden von der Gemeinde abwenden will.

## Teil 2: Der strategische Ablauf (Schritt für Schritt)

### Schritt 1: Den „Kenntnis-Stempel“ setzen

Das Schreiben nimmt den Politikern die spätere Ausrede der Unwissenheit („*Das haben wir nicht gewusst/ Das war für uns nicht absehbar*“). Sobald der Brief zugegangen ist, ist die Kenntnisnahme dokumentiert.

- **Zustellung:** Senden Sie den Brief per **Einwurf-Einschreiben** an den Bürgermeister und separat an die Fraktionsvorsitzenden oder geben Sie ihn im Rathaus gegen eine **Empfangsquittung** (Datum, Stempel, Unterschrift auf einer Kopie) ab.

## Schritt 2: Sachlicher Fragenkatalog mit Frist

Fügen Sie dem Schreiben konkrete, unbequeme Fragen zur Prüfungspflicht der Gemeinde bei (z. B. nach unabhängigen Bodengutachten zum Trinkwasserschutz, Brandschutzkonzepten im Wald oder der realen, insolvenzsicheren Höhe von Rückbaubürgschaften). Setzen Sie eine feste und angemessene Antwortfrist von **4 Wochen**.

## Schritt 3: Öffentlichkeit herstellen

- Nutzen Sie die **Einwohnerfragestunde** der nächsten Gemeinderatssitzung, um die Kernfragen offiziell vorzulesen. Dadurch müssen die Fragen und das Einreichen des Schreibens zwingend im offiziellen Sitzungsprotokoll verankert werden.
- Informieren Sie die Lokalpresse sachlich über die Übergabe des Informations- und Haftungsschreibens.

## Teil 3: Profi-Tipps für die Verfasser (Unangreifbar argumentieren)

Damit Ihr Schreiben die maximale psychologische und juristische Wirkung entfaltet, beachten Sie beim Formulieren folgende Regeln:

### 1. Fakten statt Emotionen (Schutz vor dem Nötigungsvorwurf)

Das Schreiben darf **niemals** wie eine persönliche Drohung formuliert sein. Im Strafrecht gilt eine Warnung vor rechtlichen Schritten nur dann als legal, wenn das angestrebte Ziel und das Mittel im Verhältnis stehen.

× **Falsch (Gefahr von Nötigung/Beleidigung):** „Wenn Sie für die Windräder stimmen, werden wir dafür sorgen, dass Sie persönlich finanziell ruiniert werden!“

✓ **Richtig (Rechtssicher und hochwirksam):** „Wir weisen darauf hin, dass das bewusste Ignorieren substanzieller Risiken (wie ungedeckte Rückbaukosten) im Falle einer Betreiberinsolvenz zu erheblichen Vermögensschäden für die Gemeinde führen kann. In einem solchen Fall behalten wir uns vor, die Prüfung kommunalrechtlicher Haftungstatbestände (Regresspflichten) anzustrengen.“

### 2. Das Prinzip „Bürgerberater“ statt „Gegner“

Treffen Sie den richtigen Ton: Viele Gemeinderäte sind ehrenamtlich tätig und kennen die Haftungsrisiken oder das entlastende BGH-Urteil gar nicht. Wenn Sie ihnen zeigen, dass sie *schadensersatzfrei* „Nein“ zum Investor sagen dürfen, nehmen Sie ihnen eine enorme Last von den Schultern und liefern ihnen die juristischen Argumente, die sie gesucht haben.

### 3. Personalisierung statt Massen-Serienbrief

Passen Sie den Brief minimal an Ihren Ort an. Erwähnen Sie spezifische Gegebenheiten vor Ort (z. B. „...*besonders im Hinblick auf das Waldgebiet oberhalb unseres lokalen Trinkwasserbrunnens am [Name/Ort]*“). Je konkreter und lokaler die genannten Risiken sind, desto unmöglicher wird es für die Politik, sich später auf Unwissenheit zu berufen.

## 4. Keine Abstimmungs-Diktate

Sie dürfen den Politikern eine Frist für die Beantwortung von *Fragen* setzen, aber Sie dürfen ihnen **keine Frist setzen, wie oder wann sie abzustimmen haben**.

× **Niemals schreiben:** „Wir fordern Sie auf, bis nächsten Donnerstag zu garantieren, dass Sie gegen den Windpark stimmen.“ (Dies verletzt das freie Mandat).

✓ **Besser schreiben:** „Wir bitten um Mitteilung, wie die Gemeinde die oben genannten Haftungs- und Umweltrisiken bis zur anstehenden Beschlussfassung am [Datum] im Sinne der gesetzlichen Schadensabwendung zu prüfen gedenkt.“

## 5. Das Vier-Augen-Prinzip vor dem Absenden

Überprüfen Sie den fertigen Text im Kernteam vor dem Absenden auf emotionale Reizwörter. Streichen Sie Wörter wie „*schandbar*“, „*kriminell*“ oder „*erpresserisch*“ und ersetzen Sie diese durch sachliche, juristische Begriffe wie „*risikobehaftet*“, „*prüfungspflichtig*“, „*fehlerhaft*“ oder „*unvollständig*“.

### Herausgegeben von / Impressum

#### Terra Integra

Vertreten durch: Claus Dieter Richter  
Blumenstraße 5a  
98634 Wasungen

#### Kontakt Netzwerk-Zentrale:

E-Mail: [info@terra-integra.de](mailto:info@terra-integra.de)  
Web: [www.terra-integra.de](http://www.terra-integra.de)

### Rechtlicher Hinweis / Disclaimer

Diese Anleitung und die zugehörigen organisatorischen Tipps dienen ausschließlich Informations- und Werbezwecken für Bürgerinitiativen im Netzwerk von Terra Integra. Sie stellen keine Rechtsberatung dar und ersetzen diese nicht. Für spezifische rechtliche Schritte wird empfohlen, einen Rechtsanwalt zu konsultieren. Für die konkreten Aktivitäten lokaler Gruppen wird keinerlei Haftung übernommen.